

Reint E. Gropp, Vera Wolter

Einfluss gesellschaftlichen Vertrauens auf die Wirksamkeit evidenzbasierter Politikberatung

In Zeiten multipler Krisen wird der Rahmen für evidenzbasierte Politikberatung zunehmend durch gesellschaftliches Vertrauen in Wissenschaft und Institutionen geprägt. Veränderungen im öffentlichen Diskurs stellen eine zusätzliche Herausforderung dar. Fragmentierte Informationsräume und ein abnehmendes institutionelles Vertrauen befeuern die Polarisierung in der Gesellschaft und erschweren den Transfer wissenschaftlicher Expertise in Politik und Gesellschaft. Darüber hinaus beeinflussen die Spannungen zwischen politischem Handlungsdruck und wissenschaftlicher Unabhängigkeit die Wirksamkeit der Politikberatung in erheblichem Maße. Transparenz, der Erhalt des Dialogs sowie die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit sind entscheidend für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern:innen und wissenschaftlichen Expert:innen. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen zudem so aufbereitet und kommuniziert werden, dass sie für die breite Öffentlichkeit verständlich sind.

Multiple Krisen der vergangenen Jahre, darunter die Coronapandemie, geopolitische Spannungen, die durch Kriege ausgelöste Energiekrise, der Klimawandel und hohe Inflationszahlen bei stagnierendem Wirtschaftswachstum stellen Politik und die wissenschaftliche Politikberatung vor komplexe Herausforderungen. Zugleich steigt der Bedarf an unabhängiger Beratung. Polykrisen bringen oftmals gegensätzliche Anforderungen und Interessenlagen mit sich und multiplizieren sich gegenseitig. Zudem löst jede Aktion an verschiedenen Stellschrauben Reaktionen aus. Diese dynamischen Herausforderungen treffen auf einen veränderten Diskurs in der Gesellschaft, in welchem Expertise zunehmend stärker hinterfragt wird und konkurrierende Deutungen oder Wahrnehmungen ihren Platz einnehmen. Das erschwert es, einen analytischen Überblick zu vermitteln – in Zeiten, in denen der Bedarf danach wächst.

Gegenseitiges Vertrauen ist für eine erfolgreiche evidenzbasierte Politikberatung heute wichtiger denn je. Dabei reicht allein die Qualität der Wissenschaftskommunikation nicht aus. Letztendlich kann sie nur gesellschaftliche Wirkung entfalten, wenn sie von den adressierten Akteuren – insbesondere politischen Entscheidungsträgern,

wirtschaftlichen Akteuren und der Bevölkerung – verstanden und akzeptiert wird. Gleichzeitig nimmt das gesellschaftliche Vertrauen ab. Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend oder nimmt sich zumindest stärker als gespalten wahr. In der schnelllebigen Art und Weise, wie gegenwärtig Informationen aufgenommen werden, wird es schwieriger für wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse von Experten Gehör zu finden. Mehr und mehr wird sich anderer Quellen zur Informationsgewinnung bedient und teilweise größeres Vertrauen dem direkten persönlichen Umfeld geschenkt, selbst ohne den Wahrheitsgehalt von Meinungen oder Erkenntnissen aus sozialen Kreisen oder sozialen Medien zu überprüfen. Diese Entwicklung erschwert es, Menschen zu erreichen und differenzierte, abwägende Erkenntnisse zu vermitteln, nach welchen Akteure der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend handeln können.

Prof. Reint E. Gropp, Ph.D., ist Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Vera Wolter ist Referentin des Vorstands am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Eine veränderte Rhetorik ist deutlich spürbar: Ein rauere Ton, provokante und überspitzte Äußerungen und polarisierende Meinungsbildung werden im Diskurs gesellschaftlich akzeptiert. Dieser veränderte Diskurs in der Gesellschaft, zusammen mit der Wahrnehmung von Krisen und wie sie sich auf das persönliche Leben auswirken (können), bietet Nährboden für populistische Parteien und hat dabei geholfen, dass diese weltweit erstarken konnten. Umso wichtiger ist es, dass besonnenere Stimmen und wissenschaftlich fundierte, auf gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt ausgerichtete Erkenntnisse weiterhin Beachtung finden. Politikberatung unterliegt damit sowohl den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch politischen Zielkonflikten, welche die Entwicklung von Beratungskonzepten besonders in Krisenzeiten beeinflussen.

Vertrauen als Grundlage wirksamer Politikberatung

Algorithmen und soziale Blasen können dazu führen, dass Menschen sich eher an Quellen und Netzwerken orientieren, die ihre bereits bestehenden Überzeugungen bestätigen. Der Blick auf die Welt und der Radius des Informationsgewinnes verkleinern sich, es kommt zu Inselbildungen. Von der eigenen Meinung abweichende Äußerungen werden weniger akzeptiert. Dieses Phänomen ist verknüpft mit einem höheren Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen, Unternehmen, der Politik oder den Medien. Höhere Unsicherheiten durch die Krisen der vergangenen Jahre begünstigen einen Rückzug zum Lokalen. Auch die stetige Weiterentwicklung von KI-Tools schürt die Sorge, durch den Fortschritt abgehängt zu werden – ähnlich wie zuvor die fortschreitende Globalisierung. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch im institutionellen Vertrauen wider. Das Edelman Trust Barometer 2026 (Edelman Trust Institute, 2026) weist auf anhaltende Herausforderungen beim institutionellen Vertrauen in entwickelten Volkswirtschaften hin.

Wie langlebig und einflussreich Vertrauenseffekte sein können, zeigt ein Blick in die ökonomische Literatur. So untersuchen etwa Guiso et al. (2008), wie soziales Kapital von historischen Ereignissen beeinflusst und über mehrere Generationen geprägt sein kann. Soziales Kapital beschreibt die in einer Gesellschaft vorhandenen Vertrauensbeziehungen, gemeinsamen Normen und Netzwerke, die Kooperation ermöglichen und die Funktionsfähigkeit von Institutionen unterstützen. Selbst innerhalb eines Landes können unterschiedliche Erfahrungen den Wert von vertrauensvollen Beziehungen und Kooperationen nachhaltig verändern. Für das Funktionieren von Institutionen ist dieser Gedanke zentral, da ein über längere Zeit hinweg weitergegebenes Maß an Vertrauen und eine Neigung zu kooperativem Verhalten auch beeinflussen kön-

nen, welche Institutionen eine Gesellschaft unterstützt. Misstrauen kann in einer Gesellschaft über lange Zeit tief verankert sein. Auf der anderen Seite können schon kurzzeitige positive Kooperationserfahrungen (z. B. über zwei oder drei Generationen hinweg) permanente positive Effekte haben. Mit Blick auf die EU zeigen Guiso et al. (2009), dass auch das gegenseitige gesellschaftliche Vertrauen zwischen verschiedenen europäischen Ländern direkte Auswirkungen auf Handelsbeziehungen hat. Länder, deren Bevölkerung als vertrauenswürdiger wahrgenommen wird, weisen demnach intensivere Handels- und Investitionsbeziehungen auf. Damit gilt Vertrauen gemäß der Literatur als eine zentrale Voraussetzung für Kooperationen und funktionierende wirtschaftliche und institutionelle Beziehungen. Vertrauen kann dabei auch komplexe Verträge ersetzen bzw. ergänzen, was zu einer effizienteren Interaktion zwischen verschiedenen Interessensgruppen führt.

Dies führt uns zur Betrachtung des institutionellen Vertrauens in Deutschland, das die Grundlage für wirtschaftliche und institutionelle Beziehungen legt. Dabei hat dieses Vertrauen auch einen großen Einfluss auf die Wirksamkeit von evidenzbasierter Politikberatung und die Beziehung zwischen Wissenschaft und der Politik. Was sagen Umfragen zu dem Vertrauen in Politik und andere Institutionen in Deutschland? Eine Umfrage der OECD aus dem Jahr 2025 zeigt exemplarisch, dass das Vertrauen in die Bundesregierung in Deutschland im internationalen Vergleich moderat ausgeprägt war. In Deutschland geben 35 % der Befragten ein hohes oder moderat hohes Vertrauen in die Bundesregierung an, gegenüber 40 % im OECD-Durchschnitt (OECD, 2026). 2023 lag der deutsche Wert noch bei 36 %. Wie in anderen Ländern auch, setzt die deutsche Bevölkerung höheres Vertrauen in andere öffentliche Institutionen, wie die Polizei oder das Justizsystem sowie in andere Menschen. Medien schneiden in einer Umfrage ähnlich schlecht ab wie politische Parteien und der Bundestag. Der öffentliche Dienst auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene hingegen erhält ein Vertrauensvotum von der Hälfte der Bevölkerung (OECD, 2024, S. 2–3). Da Vertrauen in politische Institutionen stark von aktuellen politischen Rahmenbedingungen beeinflusst wird, sind solche Befragungen stets als Momentaufnahmen zu verstehen. Sie geben jedoch Hinweise auf langfristige Vertrauensmuster und die Akzeptanz politischer Institutionen.

Interessanterweise besteht eine Diskrepanz zwischen der individuellen Zufriedenheit deutscher Bürger:innen und ihrer gesamtgesellschaftlichen Skepsis und der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation, wie eine Umfrage der Körber-Stiftung im Jahr 2025 zeigt. Demnach haben 52 % der Deutschen einen optimistischen Aus-

blick auf die Zukunft in Bezug auf ihre eigene Situation. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland jedoch bewerten 76 % als weniger gut oder schlecht.

Dieselbe Studie ergab, dass die Wissenschaft in der deutschen Bevölkerung auch in der Vertrauenskrise nach wie vor einen hohen Stellenwert hat. In Deutschland sprechen 71 % der Wissenschaft großes oder sehr großes Vertrauen aus (Körber-Stiftung, 2025). Die jährliche Erhebung „Wissenschaftsbarometer“ der Organisation Wissenschaft im Dialog zeigt, dass das Vertrauen in Wissenschaft und Forschung während der Coronapandemie gegenüber den Jahren vor der Pandemie zeitweise deutlich zunahm (Wissenschaft im Dialog, 2025, S. 26). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Gesellschaft sich in Krisenzeiten verstärkt auf die Wissenschaft beruft. Unter der Voraussetzung, dass sich das erhöhte Vertrauen der Bevölkerung wiederum auf die politische Entscheidung auswirkt, sich mit Expertenergebnissen ernsthaft auseinanderzusetzen, könnte dies positive Effekte für die Politikberatung in Krisenzeiten haben. Auf Krisensituationen im Allgemeinen übertragen lässt sich dieser Zusammenhang jedoch nicht, da verschiedene Dynamiken, Kontexte und Anforderungen einer individuellen Krise in der Definition einer passenden wissenschaftlichen Politikberatung immer berücksichtigt werden müssen (Hirschi et al., 2022, S. 34).

Auf die Wirksamkeit von Politikberatung haben auch weitere Faktoren und Akteure Einfluss, wie die Betrachtung des Verhältnisses und der Spannungen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zeigt.

Wissenschaftliche Politikberatung zwischen Unabhängigkeit und politischer Steuerung

Die Politik steht in Krisenzeiten unter dem Druck, souveräne Maßnahmen zu ergreifen und schnell auf komplexe Anforderungen zu reagieren. Die Auswirkungen aktueller geopolitischer Krisen stellen die Bundesregierung vor große Herausforderungen. Die steigenden Energiepreise aufgrund des Konflikts im Mittleren Osten interagieren mit den mittelfristigen Klimazielen und der Notwendigkeit für höhere CO₂-Preise. Wirtschaftspolitisch gilt es daher komplexe geostrategische Entscheidungen abzuwägen, welche die inländische und globale Sicherheit sowie die Stabilität internationaler (Wirtschafts-)Beziehungen betreffen. Entscheidungen müssen oft unter großem Zeitdruck getroffen werden, da Krisen dynamisch sind und sich kontinuierlich verändern. Jede Aktion ruft eine Reaktion hervor, auf welche dann erneut in Echtzeit reagiert werden muss. Um dieser Komplexität gerecht zu werden, braucht die Politik eine zuverlässige Expertenberatung, die sehr schnell liefern kann. Hier zeigt sich der grundlegendste Zielkonflikt zwischen Politik und Wissenschaft

und eines der größten Hindernisse in der Politikberatung: der Faktor Zeit. Wissenschaftlich fundierte Ergebnisse benötigen Zeit, welche besonders in einer Krise nicht vorhanden ist. Wissenschaftler:innen müssen daher abwägen, um Ergebnisse und Empfehlungen auch kurzfristig liefern zu können und dennoch umfassende Faktoren und deren Auswirkungen in ihre Beobachtungen einbeziehen. Nur mit einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Politik und Wissenschaft kann mit diesem Problem umgegangen werden: Die Politik muss darauf vertrauen können, dass die kurzfristigen Ergebnisse der Wissenschaft zuverlässig sind und die Wissenschaft muss darauf vertrauen können, dass die Politik mit diesen, meist wissenschaftlich vorläufigen, Ergebnissen verantwortlich umgeht. Gerade in schwierigen Zeiten ist also gegenseitiges Vertrauen unerlässlich für eine gute, evidenzbasierte Politik.

Ein weiterer Interessenkonflikt besteht in den unterschiedlichen Perspektiven der beiden Akteure. Die Wirtschaftswissenschaft untersucht beispielsweise, wie langfristiges volkswirtschaftliches Wachstum erreicht werden kann. „Die Bedürfnisse vieler sind wichtiger als die Bedürfnisse weniger oder eines einzigen“. Science-Fiction-Begeisterten dürfte dieser Satz von Mr. Spock aus dem Star Trek-Universum bekannt sein. Politiker hingegen haben einen kürzeren Planungshorizont, typischerweise eine Legislaturperiode. Es werden schnelle Ergebnisse erwartet, die unmittelbare und sichtbare Lösungen für die Gesellschaft mit sich bringen. Empfohlene Maßnahmen, die zwar im Sinne des kollektiven Wachstums am sinnvollsten wären, jedoch kurzfristig zumindest für einige Personengruppen Kosten verursachen, erscheinen aus politischer Sicht weniger attraktiv. Daher werden oft Strukturreformen, also Reformen, die langfristig große Vorteile versprechen, auf die lange Bank geschoben und erst in Angriff genommen, wenn der Leidensdruck in der Mehrheit der Bevölkerung ausreichend groß geworden ist.

Die Politik möchte die Interessen ihrer Wähler wahren und wird unter diesem Druck wissenschaftliche Beratung nur selektiv nutzen. Unbequeme Ergebnisse oder erforderliche Maßnahmen, die positive Effekte erst über einen längeren Zeithorizont sichtbar machen oder einen hohen Umsetzungsaufwand mit sich bringen, wird sie eher vermeiden. Solange Policy-Angebote zur Ausrichtung des politischen Programms passen, werden sie jedoch gern im politischen Wettbewerb genutzt (Straßheim & Kettunen, 2014). Umso wichtiger ist es für die Wissenschaft, sich nicht instrumentalisieren zu lassen. Weder die Politik möchte verwissenschaftlicht werden noch die Wissenschaft politisiert. Genau hier gilt es die richtige Balance zu finden, wenn man an einem gut zugeschnittenen System für eine effektive und bedürfnisorientierte evidenzbasierte Politikberatung arbeitet (Brozus & Geden, 2017, S. 240–242).

Wissenschaftsfreiheit ist eine notwendige Voraussetzung für glaubwürdige Politikberatung. Nur der Rat von Wissenschaftlern oder wissenschaftlichen Einrichtungen, die nicht abhängig sind von politischer oder privatwirtschaftlicher Einflussnahme, ist wertvoll für die Politik. Der Academic Freedom Index (AFI, o. J.) zeigt für Deutschland, dass die Wissenschaftsfreiheit zwischen 2015 und 2025 zwar um 0,085 Punkte gesunken ist, jedoch nach wie vor einen hohen Index von 0,88 auf einer Skala von 0 (gering) bis 1 (hoch) aufweist. Damit ist der Grad an Wissenschaftsfreiheit in Deutschland doppelt so hoch wie in den USA. Noch vor fünf Jahren war der Index in den USA höher als in Deutschland (also die Wissenschaft in den USA freier als in Deutschland), was zeigt, wie fragil Wissenschaftsfreiheit ist, auch in Gesellschaften mit eigentlich starken Institutionen. Interessant ist, dass Deutschland etwa gleichauf liegt mit Ländern wie Frankreich oder Italien, in denen die Wissenschaftsfreiheit nicht wie in Deutschland im Grundgesetz verankert ist. Offensichtlich spielen also auch viele andere Faktoren eine Rolle. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das Grundgesetz die Wissenschaftsfreiheit tatsächlich schützen kann.

Auch wenn die Wissenschaft in Deutschland im Vergleich einen hohen Grad an Unabhängigkeit aufweist, so besteht auch hier ein Anreiz aus finanzieller Sicht, Auftragsforschung für politische Zwecke anzunehmen, und damit einhergehend eine Gefahr des Wettbewerbs um solche Aufträge. Wie eine Umfrage für das Wissenschaftsbarmeter 2024 ergab, halten 57 % der Bevölkerung in Deutschland den Einfluss der Politik auf die Wissenschaft für „eher zu groß“ oder „viel zu groß“. In Bezug auf den Einfluss auf die Wissenschaftskommunikation halten es 55 % der Befragten für wahrscheinlich, dass politische Geldgeber Wissenschaftlern vorschreiben, was sie öffentlich kommunizieren dürfen. 61 % sehen diese Gefahr bei wirtschaftlichen Geldgebern (Wissenschaft im Dialog, 2024, S. 27–30).

Aus dem Druck heraus, global wettbewerbsfähig zu bleiben, greift die Politik auch bezüglich der Regulierung von Unternehmen vermehrt in Prozesse ein. Laut des Executive Opinion Survey des World Economic Forums zählt Deutschland zu den Ländern, in denen Führungskräfte staatliche Regulierung als vergleichsweise komplex wahrnehmen und deren Komplexität zwischen 2018 und 2024 weiter zugenommen hat (World Economic Forum, 2025, S. 10). Ein aktuelles Beispiel ist der Subventionswettbewerb bei der Halbleiter-Produktion im Rahmen des „European Chips Act“, dessen Sinnhaftigkeit kritisch zu hinterfragen ist. Regulatorische Maßnahmen wie diese, jedoch auch bürokratische Eingriffe und Kontrollen, verdeutlichen das Spannungsfeld zwischen dem Wunsch des Staates nach Steuerung auf der einen und der unternehmerischen

Handlungsfreiheit und der Selbstregulierung des Marktes auf der anderen Seite. In einer Firmenbefragung zum Thema Bürokratie in Deutschland des ifo Instituts sprachen sich Unternehmen deutlich für Vereinfachung und Digitalisierung aus (Demmelhuber et al., 2024, S. 2).

Institutionelle Voraussetzungen für wirksame Beratung in Polykrisen

Die beschriebenen Spannungsfelder erhöhen die Ansprüche an eine evidenzbasierte und unabhängige Politikberatung. Eine Zusammenarbeit in der Krise ist umso effektiver, je besser Politik und Wissenschaft auch in normalen Zeiten zusammenarbeiten. Es gilt zudem zu berücksichtigen, dass beide Systeme, Politik und Wissenschaft, ihren Anspruch auf Autonomie und unterschiedliche Logiken und Rahmenbedingungen haben. Die Akteure sollten also grundsätzlich im regelmäßigen Austausch sein (Hirschi et al., 2022, S. 34, 51). Dem Vertrauensverlust sollte aktiv entgegengewirkt werden, da genau dieses Vertrauen eine wichtige Basis für die Nutzung von Synergieeffekten darstellt, beispielsweise durch die Verbindung wissenschaftlicher Expertise mit politischer Erfahrung hinsichtlich Umsetzbarkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz. Wichtig ist es außerdem transparent zu sein – sowohl über gewonnene Erkenntnisse als auch über Unsicherheiten oder darüber, was von beiden Seiten in welchem zeitlichen Rahmen geleistet werden kann.

Die Rolle der Politikberatung ist es letztlich, demokratisch umsetzbare Handlungsoptionen anzubieten und diese auf sachlich verlässliche Befunde und Prognosen zu stützen (Hirschi et al., 2022, S. 16). Während die Politik einen Schritt auf die Wissenschaft zugehen kann, indem sie sich mit Expertenmeinungen auseinandersetzt bei der Entwicklung von Maßnahmen, kann Wissenschaft ihr Bestes tun, Ergebnisse so aufzubereiten, dass sie gut verständlich und anwendungsorientiert kommuniziert werden. Ein wichtiger Fokus sollte darauf liegen, institutionelles Vertrauen wieder zu stärken und Wege zu finden, die Bevölkerung zu erreichen.

Dazu gehört es auch, bisherige Kommunikationskanäle und -strategien zu überdenken und, wo es angebracht und möglich ist, zu transformieren. Die Nachrichtennutzung unterliegt einem Veränderungsprozess. 36 % der in Deutschland befragten erwachsenen Internetnutzer beziehen Informationen und Nachrichten mittlerweile über verschiedene Social-Media-Angebote, wie die deutschen Ergebnisse des „Reuters Institute Digital News Report 2026“ zeigen. Für die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen sind es sogar 60 %. Kanäle wie WhatsApp, YouTube, Facebook, aber auch Instagram sind für die Nachrichtennutzung relevant (Hölig et al., 2026, S. 5).

Da die Wissenschaft, wie zuvor festgestellt wurde, in der Bevölkerung nach wie vor ein hohes Ansehen genießt, ist bereits einer der Grundpfeiler für die erfolgreiche Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse gegeben. Dieses Potenzial kann genutzt werden. Es gilt sich die Kanäle anzuschauen und die Formate, über die Informationen transportiert werden. Ebenso wie die Abwägung, welche Inhalte relevant sind und welche zugunsten der Vereinfachung und der Verständlichkeit möglicherweise komprimiert werden können. Dabei muss geprüft werden, wie weit Ergebnisse vereinfacht dargestellt werden können und dennoch den wissenschaftlichen Anspruch auf Vollständigkeit erfüllen.

Mehr Gehör in Politik und Gesellschaft könnte zugleich Anreize schaffen, wissenschaftliche Erkenntnisse stärker anwendungsorientiert aufzubereiten. Forschungsarbeit sucht nach Anerkennung und die Aufbereitung der Erkenntnisse richtet sich nach der angesprochenen Zielgruppe. Wenn Erkenntnisse vor allem aus der eigenen wissenschaftlichen Community und nicht von der breiteren Bevölkerung oder der Politik nachgefragt werden, bleiben sie wissenschaftlich anspruchsvoller und weniger verständlich formuliert oder weniger direkt anwendbar. Ein gegenseitiges Entgegenkommen hätte damit einen direkten Einfluss auf die Wirksamkeit von Politikberatung (Ćumurović & Gropp, 2017).

Fazit

Für die Wirksamkeit der wissenschaftlichen Politikberatung insbesondere in Krisenzeiten können wir festhalten, dass Vertrauen, Unabhängigkeit und Dialogfähigkeit die Grundpfeiler bilden sollten. Das gegenseitige Vertrauen zwischen Politik und Wissenschaft muss weiter gestärkt werden. Allein das reicht jedoch nicht aus, wenn es im Verborgenen passiert. Dieses Signal muss nach außen sichtbar und wahrnehmbar werden, um Misstrauen in der Bevölkerung abzubauen und der Entwicklung von Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Wissenschaftskommunikation und eine politische Linie, die auf Vertrauen und Klarheit aufbaut, bilden die Basis für zugeschnittene erfolgreiche Beratungsstrategien und eine souveräne Navigation durch Krisensituationen.

Literatur

- AFI – Academic Freedom Index. (o. J.). *Academic Freedom Index* [Interaktive Weltkarte].
- Brozus, L. & Geden, O. (2017). Experten, Politik und Populismus (Beitrag im Zeitgespräch: Expertenwissen im politischen Prozess – Nutzen, Grenzen und Gefahren). *Wirtschaftsdienst*, 97(4), 239–242.
- Ćumurović, A. & Gropp, R. (2017). *Verbesserung von politischer Beratung und Wirtschaftspolitik* (Beitrag im Zeitgespräch: Expertenwissen im politischen Prozess – Nutzen, Grenzen und Gefahren). *Wirtschaftsdienst*, 97(4), 243–245.
- Demmelhuber, K., Dörr, L., Gründler, K., Heil, P., Potrafke, N. & Schmid, R. (2024). Firmenbefragung zum Thema Bürokratie in Deutschland. *ifo Forschungsberichte*, Nr. 148.
- Edelman Trust Institute. (2026). *2026 Edelman Trust Barometer: Trust Amid Insularity. Germany Report*.
- Guiso, L., Sapienza, P. & Zingales, L. (2008). Social Capital as Good Culture. *Journal of the European Economic Association*, 6(2–3), 295–320.
- Guiso, L., Sapienza, P. & Zingales, L. (2009). Cultural Biases in Economic Exchange? *The Quarterly Journal of Economics*, 124(3), 1095–1131.
- Hirschi, C., Hornung, J., Jatón, D., Mavrot, C., Sager, F. & Schlauffer, C. (2022). Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten in der Schweiz: Eine Analyse der Finanzkrise, des Fukushima-Unfalls und der Covid-19-Pandemie. *SWR Schrift*, Nr. 3/2022. Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR.
- Hölig, S., Behre, J., Stöwing, E. & Möller, J. (2026). Reuters Institute Digital News Report 2026 – Ergebnisse für Deutschland. *Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts*, Nr. 83.
- Körber-Stiftung. (2025, 10. September). *Persönlich optimistisch, politisch skeptisch: Deutsche blicken verunsichert auf die Zukunft* [Pressemittteilung].
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development. (2024). *OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions – 2024 Results: Building Trust in a Complex Policy Environment*.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development. (2026). *OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions 2026 Results – Country Notes: Germany*.
- Straßheim, H. & Kettunen, P. (2014). When does evidence-based policy turn into policy-based evidence? Configurations, contexts and mechanisms. *Evidence & Policy*, 10(2), 259–277.
- Wissenschaft im Dialog. (2024). *Wissenschaftsbarometer 2024*.
- Wissenschaft im Dialog. (2025). *Wissenschaftsbarometer 2025*.
- World Economic Forum. (2025). *Global Economic Futures: Competitiveness in 2030*.

Title: *The impact of social trust on the effectiveness of evidence-based policy advice*

Abstract: *In times of multiple crises, the framework for evidence-based policy advice is increasingly shaped by societal and institutional dynamics of trust. At the same time, transformations in public discourse present an additional challenge. The relationships between politics, science, and the economy strongly influence the effectiveness of policy advice. Maintaining dialogue and safeguarding academic freedom are crucial for fostering trust-based interaction between political decision-makers and academic experts, thereby enabling the effective use of synergies.*